



Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 14. Juli 2022

Antrags-Nr. 22-F-93-0001

Standortstrategie für den Bau nachhaltiger Rechenzentren

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke, Volt und FW/Pro Auto vom 07.07.2022 -

Südhessen entwickelt sich durch den Internetknoten DE-CIX im Rhein-Main-Gebiet zu einem Hauptort der weltweiten Datenspeicherung. Besonders in der Stadt Frankfurt entstand deshalb in den letzten Jahren eine Vielzahl an Rechenzentren. Die Betreiber von Rechenzentren, zusammengefasst in der German Datacenter Association (GDA), befürchten jedoch seit einiger Zeit, dass die Stadt Frankfurt nicht mehr bereit ist, alle Wünsche für den Neubau von Rechenzentren zu erfüllen. Ein in Frankfurt vorgelegtes Konzept des Magistrats soll nach Presseberichten nur noch eine Zuwachsfläche von 75 ha vorsehen. Ob damit der Bedarf für die nächsten Jahre gedeckt wird, ist in der Fachwelt umstritten. Eine Konsequenz dieser Entwicklung ist, dass für den Bau neuer Rechenzentren das Frankfurter Umland zunehmend attraktiver wird. Tatsächlich ist dort in einigen Städten der Bau von Rechenzentren auf der Tagesordnung. Deshalb sollte sich auch Wiesbaden verstärkt dem Thema widmen. Dabei gilt es jedoch, den kommunalen Anspruch einer Stärkung des Wirtschaftsstandorts mit Anforderungen des Umweltschutzes und der Energieeffizienz zu verbinden. Auch stellen sich Fragen nach der Bedeutung von Rechenzentren für den Arbeitsmarkt sowie Gewerbesteuerereinnahmen.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Digitalisierung in Wirtschaft, Verwaltung und im alltäglichen Leben stetig zunimmt und damit große gesellschaftliche Chancen verbunden sind. Die Politik hat die Aufgabe, diesen Ausbau nachhaltig zu gestalten und Kosten für Umwelt und Gesellschaft zu minimieren. So gefährden ein unregulierter Bau neuer Rechenzentren und ihr enormer Energieverbrauch die Erreichung ambitionierter Klimaziele. Die Leistung der Rechenzentren im Rhein-Main-Gebiet hat sich von 2016 (200 MW) auf 2019 (400 MW) verdoppelt, eine Vervierfachung auf 800 MW wird für 2023 erwartet, 2025 werden vermutlich mehr als 1.200 MW benötigt. Das entspricht der zweieinhalbfachen Stromerzeugung des Steinkohleblocks des Kraftwerkes Staudinger.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. darzulegen, ob Bauvoranfragen zu Rechenzentren in Wiesbaden vorliegen bzw. sich neue Rechenzentren im Baugenehmigungsverfahren befinden
2. wie und in welcher Form die Stadt Vorgaben bei Ansiedlungen von Rechenzentren machen kann, die Betreiber zur Schonung von Fläche, Energie und Wasser, sowie der Weiternutzung von Abwärme verpflichten. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen Bestandsgewerbegebieten und Flächen, für die das Planungsrecht angepasst werden muss.
3. in die Antwort zu Punkt 2 zusätzlich die Erkenntnisse des „Rechenzentrums-Büros“ des hessischen Digitalministeriums über die Vor- und Nachteile der Ansiedlung von Rechenzentren und geeignete kommunalpolitische Instrumente (inkl. der Steigerung der Energieeffizienz) einfließen zu lassen.

4. zu berichten, welche Erfahrungen andere Kommunen mit der Ansiedlung von Rechenzentren im Hinblick auf Arbeitsplätze (Quantität und fachliche Anforderungen), lokale Wertschöpfung und Gewerbesteueraufkommen.
 5. ein Standortkonzept für Rechenzentren im Wiesbadener Stadtgebiet zu entwickeln, das
 - a) den Fokus auf Umweltverträglichkeit hat und die Ressourcen Fläche, Energie und Wasser schont.
 - b) im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung insbesondere solche Standorte berücksichtigt, bei denen ein Großteil der Abwärme z.B durch neue Wohnsiedlungen, private Haushalte, Gewerbe, Schwimmbäder genutzt oder im Rahmen der Fernwärmeeinspeisung verwendet werden kannund dies dem Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vorzustellen.
 6. über den Planungsstand der KMW für den Bau des angedachten nachhaltigen Rechenzentrums zu berichten.
-

Beschluss Nr. 0346

Der Antrag wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2022

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .07.2022

Dezernat IV
Dezernat I zu Punkt 6.
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Oliver Franz
Bürgermeister